

- 4.3. Richtlinie zur Bilanzierung und Bewertung von Forderungen
Dez. I, Amt 20
- 4.4. Annahme einer Spende des Fördervereins Stadtbibliothek Greifswald e.V. für die Stadtbibliothek
Dez. I, Amt 41
- 4.5. Annahme einer Barspende vom Förderverein „Der Alte Friedhof Greifswald“ e.V.; Zweckbindung denkmalpflegerische Zielstellung/Voruntersuchung für Instandsetzung Grabgruft Mende/Beumer und Meyer/Anderson
Dez. II, Amt 66
- 4.6. Tischvorlage
Anträge zum Bundesprogramm „Nationale Projekte des Städtebaus“
Dez. II, Amt 60
- 4.7. Antragsstellung Botanischer Garten im Rahmen des Projekts „Nationale Projekte des Städtebaus“
Milos Rodatos
- 4.8. 20. Änderung des Flächennutzungsplans der Universitäts- und Hansestadt Greifswald,
Feststellungsbeschluss
(Bereich des Bebauungsplans Nr. 98 - KAW-Gelände -)
Dez. II, Amt 60
- 4.9. Bebauungsplan Nr. 98 - KAW- Gelände -; Satzungsbeschluss
Dez. II, Amt 60
- 4.10. 21. Änderung des Flächennutzungsplans der Universitäts- und Hansestadt Greifswald,
Entwurfs- und Auslegungsbeschluss
(Bereich der 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 52 – Ladebower Chaussee –)
Dez. II, Amt 60
- 4.11. 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 52 – Ladebower Chaussee –, Entwurfs- und Auslegungsbeschluss
Dez. II, Amt 60
- 4.12. Vereinbarung eines öffentlichen Dienstleistungsauftrages mit der Verkehrsbetrieb Greifswald GmbH
Dez. II, Amt 60
- 4.13. Gewährung einer Zuwendung zur Rückerstattung der Kaltmiete an den Kreissportbund Vorpommern-Greifswald e.V.
Dez. II, Amt 40
- 4.14. Einleitung der Enteignung des Grundstücks Baderstraße 2
Bündnis 90 / Die Grünen
- 4.15. Pariser
SPD-Fraktion, interfraktionell angestrebt
- 4.16. Aufstellung eines integrierten Seniorenförderplanes
Die Linke/interfraktionell
- 4.17. Einsetzung eines Frauenbeirates
Herr Dr. Ulrich Rose
5. Mitteilungen des Oberbürgermeisters
6. Vorschläge, Anregungen und Fragen der Mitglieder des Hauptausschusses
7. Mitteilungen der Präsidentin
8. Schluss der Sitzung

TOP 1. Eröffnung der Sitzung

Herr Hochheim eröffnet die Sitzung des Hauptausschusses und begrüßt die Anwesenden; darunter die stimmberechtigten Mitglieder des Hauptausschusses.

TOP 2. Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung

Der 1. Stellvertreter des Oberbürgermeisters ruft den TOP auf und schlägt vor, die Tischvorlagen wie folgt einzuordnen:

- „Antragsstellung Botanischer Garten im Rahmen des Projekts „Nationale Projekte des Städtebaus““ von der Fraktion Kompetenz für Vorpommern/Piratenpartei unter TOP 4.6.1
- „Vermögenszuordnung der Immobilien zum Eigenbetrieb Hanse-Kinder“ unter TOP 4.18

Herr Prof. Dr. Hardtke

. erklärt, dass TOP 4.7 (Antragsstellung Botanischer Garten im Rahmen des Projekts „Nationale Projekte des Städtebaus“) zurückgezogen wird.

Herr Multhauf

. beantragt nach TOP 3 (Bestätigung der Niederschrift) den TOP „Beschlusskontrolle“ einzufügen.

Frau Socher

. weist daraufhin, dass dieser Tagesordnungspunkt nicht vorbereitet wurde.

Herr Hochheim lässt über Herrn Multhaufs Antrag abstimmen:

Ergebnis	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	3	mehrheitlich	1

Herr Hochheim lässt über die geänderte Tagesordnung abstimmen:

Ergebnis	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	mehrheitlich	1	0

TOP 3. Bestätigung der Niederschrift vom 23.03.2015

Der 1. Stellvertreter des Oberbürgermeisters ruft den TOP auf.

Diskussion:

Herr Multhauf

. merkt an, dass im Protokoll auf Seite 13 steht, dass er vorgeschlagen hätte, ein 500-teiliges Werk von Armin Münch auszustellen.

Er habe jedoch einen Auszug gemeint.

Herr Hochheim bietet an, den Satz wie folgt zu berichtigen:

„Herr Multhauf regt die Ausstellung aus dem Werk von Armin Münch „Greifswald 1945“ an, ...“

Herr Multhauf ist damit einverstanden.

Herr Hochheim lässt über die Niederschrift mit den Änderungen abstimmen:

Ergebnis	Ja-Stimmen mehrheitlich	Nein-Stimmen 0	Enthaltungen 4
----------	----------------------------	-------------------	-------------------

TOP 4. Diskussion von Beschlussvorlagen

TOP 4.1. Außerplanmäßige Aufwendung für Neuausstattung/ Möblierung Eigenbetrieb

06/329
HA-46/15 Der 1. Stellvertreter des Oberbürgermeisters ruft den TOP auf.

Diskussion:

Herr Wille

. bringt die Beschlussvorlage ein und geht auf die Kleine Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN ein, indem er einige Fragen beantwortet:

- Warum ist die Möbelausstattung nicht geplant worden?
→ Es wurde übersehen.
- Ist es nicht wirtschaftlicher, die Möbel aus den alten Büros mitzunehmen?
→ Es sei nicht wirtschaftlicher, da die Möbel maßgenau für die alten Büros beschafft worden seien. Außerdem sollen die alten Büros wieder besetzt werden. Daher habe man schon vor längerer Zeit festgelegt, Umzüge innerhalb des Stadthauses und des Rathauses ohne Möbel durchzuführen.

. macht darauf aufmerksam, dass die Möbel bereits bestellt und geliefert worden sind.

Herr Dr. Kasbohm

. fragt, um welche Summe es sich handelt.

Herr Wille

. antwortet, dass es hier um 26.733,56 Euro gehe.

Herr Krüger

. dankt Herrn Wille, dass er bereits einige Fragen aus der Kleinen Anfrage beantwortet habe.

. fragt nach der Deckungsquelle.

Herr Wille

. erklärt, dass im Eigenbetrieb Investitionen geplant worden seien, woraus die Möbel erst einmal bezahlt werden. Außerdem werde derzeit ein Nachtragswirtschaftsplan erarbeitet.

Herr Hochheim lässt darüber abstimmen, ob die Beschlussvorlage auf die Tagesordnung der Bürgerschaft am 08.06.2015 gesetzt werden soll:

Ergebnis	Ja-Stimmen einstimmig	Nein-Stimmen 0	Enthaltungen 0
----------	--------------------------	-------------------	-------------------

TOP 4.2. Information zum Einsatz von Recyclingpapier

06/297 Der 1. Stellvertreter des Oberbürgermeisters ruft den TOP auf und bringt die Beschlussvorlage ein.
Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Die Mitglieder des Hauptausschusses haben diese Vorlage zur Kenntnis genommen.

TOP 4.3. Richtlinie zur Bilanzierung und Bewertung von Forderungen

06/281 Der 1. Stellvertreter des Oberbürgermeisters ruft den TOP auf.
HA-47/15

Diskussion:

Herr Wille bringt die Beschlussvorlage ein und geht u. a. auf folgende Punkte ein:

- Einzelwertberichtigungen (d.h. wenn ein Einzelner einer Forderung nicht nachkommen kann, führt man eine Einzelfallprüfung durch und bewertet diese. Dies werde in der Richtlinie geregelt.)
 - o Zur Eröffnungsbilanz habe die Richtlinie besagt, dass alle Forderungen ab 200 Euro Einzelwert zu berichtigen seien.
 - o Nun habe man die Richtlinie dahingehend verändert, dass alle Forderungen erst ab 2000 Euro Einzelwert zu berichtigen sind.
 - o Bei Forderungen, die keiner Einzelwertberichtigung unterliegen, wird ein Pauschalwert herangezogen. (Man bildet einen Durchschnittswert aus der Summe der Forderungen, die man nicht habe eintreiben können. Dann reduziert man den Bilanzansatz um diesen Wert.)

Die Beschlussvorlage wurde von den Mitgliedern des Hauptausschusses zur Kenntnis genommen.

TOP 4.4. Annahme einer Spende des Fördervereins Stadtbibliothek Greifswald e.V. für die Stadtbibliothek

06/313

Der 1. Stellvertreter des Oberbürgermeisters ruft den TOP auf.
Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Herr Hochheim lässt darüber abstimmen, ob die Beschlussvorlage auf die Tagesordnung der Bürgerschaft am 08.06.2015 gesetzt werden soll:

Ergebnis

Ja-Stimmen einstimmig	Nein-Stimmen 0	Enthaltungen 0
--------------------------	-------------------	-------------------

TOP 4.5. Annahme einer Barspende vom Förderverein „Der Alte Friedhof Greifswald“ e.V.; Zweckbindung denkmalpflegerische Zielstellung/Voruntersuchung für Instandsetzung Grabgruft Mende/Beumer und Meyer/Anderson

06/323

Der 1. Stellvertreter des Oberbürgermeisters ruft den TOP auf und bringt die Beschlussvorlage ein.

Diskussion:

Herr Multhauf

- . erklärt, dass nun das Geld für die Grabstätte von Marie Koeppen (Mutter von Wolfgang Koeppen) gesammelt sei und man bis zu den Koeppen-Tagen im Juni oder zum Todestag im November einen Grabstein aufstellen wolle.
- . fragt, wer dafür verantwortlich sei.

Frau Hauswald

- . antwortet, dass die Wolfgang-Koeppen-Gesellschaft Initiator sei.
- . wolle sich darüber informieren, wie der bisherige Stand sei.

Herr Hochheim lässt darüber abstimmen, ob die Beschlussvorlage auf die Tagesordnung der Bürgerschaft am 08.06.2015 gesetzt werden soll:

Ergebnis	Ja-Stimmen einstimmig	Nein-Stimmen 0	Enthaltungen 0
----------	--------------------------	-------------------	-------------------

TOP 4.6. Tischvorlage Anträge zum Bundesprogramm „Nationale Projekte des Städtebaus“

06/333

Der 1. Stellvertreter des Oberbürgermeisters

- . ruft den TOP auf und bringt die Beschlussvorlage ein. (analog zu TOP 6 - Mitteilungen des Oberbürgermeisters - der Niederschrift der Sondersitzung der Bürgerschaft vom 27.04.2015).
- . weist darauf hin, dass man bei der Auswahl der Projekte darauf achten sollte, dass diese nicht gleichzeitig aus einem anderen Bundesprogramm gefördert werden.
- . stellt es sich schwierig vor, dass aus dem Studentenwohnheim in der Makarenkowstraße ein Projekt von nationaler Bedeutung werden könnte. Es besäße ein hohes Investitionsvolumen, wobei die Sanierung laut Antragstellung ca. 6,1 Mio. Euro koste. Mit dem Land sei bereits eine Finanzierung verhandelt worden: 2,5 Mio. Euro Fremdmittelaufnahme, Ausreichung eines KfW-Darlehens (Kreditanstalt für Wiederaufbau) für energieeffizientes Sanieren (1,3 Mio. Euro mit einem Zinssatz von 0,75 %), zinsgünstiger Kredit des Landes von etwas mehr als 1 Mio. Euro und ein Zuschuss von Städtebaufördermitteln von 400.000 Euro. Somit würden 917.000 Euro als Eigenanteil verbleiben. Aufgrund der Vorabstimmungen sei eine Zustimmung des Landesministeriums für dieses Projekt eher unwahrscheinlich. Der Bund beschäftige sich nur mit Projektanträgen, die vom Landesministerium eine Zustimmung bekommen hätten.

Diskussion:

Herr Liskow

- . plädiert dafür, den Punkt 2 aus dem Beschlussvorschlag der Beschlussvorlage zu streichen. Die Fördermittel in Höhe von 50 Mio. Euro vergebe man nach dem „Königsteiner Schlüssel“ und das bedeutet für Mecklenburg-Vorpommern ca. 2 %; umgerechnet wären das 1 Mio. Euro, die dann für das Projekt zur Verfügung gestellt werden würden.
- . glaubt, dass der Bund seine Fördermittel zurückziehen werde, wenn der Antrag zum Bundesprogramm angenommen wird. Zusätzlich sei noch nicht gewiss, ob diesem Projekt überhaupt die 1 Mio. Euro zugesprochen werden.
- Außerdem gebe es in Schwerin Absprachen zwischen Universität und Land, dass man die Restfinanzierung auch nach entsprechender Vorplanung für die Sanierung, bei Bestehen der genauen Kostenschätzung, sicherstellen könne.

Herr Dr. Meyer

. fragt, inwiefern der Punkt 4 der Beschlussvorlage (Pappelallee 1) betroffen sei, wenn der Immobilienbesitzer das Dach doch decken könne.

Herr Dr. Heinz erklärt,

. dass die Besonderheit und eine denkmalgerechte Sanierung darin bestehe, was die Verwendung des Ziegelsteins angehe. Durch den dadurch entstandenen Mehrkostenanteil werde es attraktiver, diesen Antrag auf Förderung einzureichen. Die nationale Bedeutung könne in der Baulichkeit und in der Historie bestehen.
. dass man den Antrag aus städtebaulicher und aus konzeptioneller Perspektive unterstützen möchte und begründet dies.
. dass die Anträge, die gemäß Aufruf kamen, aufgenommen und beratend, konzeptionell und transparent dargestellt worden.

Herr Multhauf

. findet, dass eine Universitätsstadt ein solches Anliegen grundsätzlich unterstützen solle. Außerdem solle man eine Privatinitiative nicht einfach streichen, sondern die Punkte aus dem Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Kompetenz für Vorpommern übernehmen.
. plädiert jedoch dafür, die Nummerierung der Vorlage durch Spiegelstriche zu ersetzen.
. bittet für das nächste Jahr, gemeinsam mit der Ernst-Moritz-Arndt-Universität die „Alte Physik“ als zukünftigen Standort für ein Stadtmuseum und die Universitäts-schätze als Projekt einzubringen.

Herr Hochheim

. erklärt, dass man dies gerne versuchen könne, aber 50 Millionen Euro Volumen, die für das gesamte Land zur Verfügung ständen und mindestens 10 Millionen Euro, die dieses Projekt in Anspruch nähme, mache die Sache schwierig.
. **erinnert daran, dass der jeweilige Eigenanteil, den sonst die Kommune zu erbringen hätte, vom jeweiligen Eigentümer erbracht werden soll und bittet um Ergänzung in der Vorlage.**

Herr Dr. Kerath

. weist daraufhin, dass die Entscheidung, welche Projekte beantragt werden, im Hauptausschuss gefällt werden müsse, da beim Bundesamt am 20.05.2015 Antragsschluss sei.
. meint, dass es nicht schaden würde, mehrere Projekte einzureichen.
. geht besonders auf das Wohnheim in der Makarenkowstraße ein. Es soll bis zum Jahresende freigezogen sein, da der Wohnraum, aufgrund des maroden Zustandes, nicht mehr bewohnbar sei,. Die Wohnraumkapazitäten seien dringend notwendig. Der Eigenanteil könne vom Studentenwerk erbracht werden.

Herr Liskow

. erinnert erneut daran, dass man bei der Projektanmeldung angeben müsse, ob man bereits Bundesmittel bekomme. Eine Doppelförderung sei grundsätzlich durch den Bund ausgeschlossen.
. plädiert dafür, die Gewächshäuser von der Vorlage zu streichen und die 1,36 Mio. Euro vom Bund anzunehmen.

Herr Dr. Heinz erklärt, dass

- bei der Beantragung für die Marienkirche damals gesagt worden sei, dass der kommunale Eigenanteil von einem Dritten zurückgeholt werde.
- in den Unterlagen des Bundesministeriums klar festgelegt worden sei, dass ein kommunaler Eigenanteil von mindestens zehn Prozent erbracht werden

müsse.

. warnt davor, den kommunalen Eigenanteil in den Beschlussvorschlag einzufügen, da dieser Beschlussvorschlag bei der Jury eingereicht werde.

Herr Hochheim

. **betont erneut, dass der Hauptausschuss festlege, dass bei einer Förderzusage der kommunale Eigenanteil von dem zu fördernden Dritten refinanziert werde.**

Es gibt keinen Widerspruch.

Herr Multhauf

. fragt, weshalb in der Beratungsfolge die Bürgerschaft am 08.06.2015 aufgeführt sei.

Herr Hochheim

. antwortet, dass man davon ausgegangen sei, dass der Hauptausschuss die Beschlusslage herstelle und in der Bürgerschaft darüber informiert werde, dass es im Hauptausschuss zur Sprache käme und entsprechend votiert worden sei. Wenn in der Bürgerschaft bestimmte Anträge nicht mehr auf Zustimmung treffen, müsse man die Antragstellung zurückziehen. Die Bürgerschaft wolle man darüber in Kenntnis setzen, da dies keine Angelegenheit sei, die der Hauptausschuss allein entscheiden dürfe. Der Hauptausschuss entscheide lediglich darüber, was man einreichen wolle.

Frau Socher

. fragt, warum die Gewächshäuser ebenfalls auf der Verwaltungsvorlage zu finden seien, trotz der Tatsache, dass eine Doppelförderung nicht möglich sei.

Herr Dr. Heinz

. erklärt, dass es richtig sei, dass Doppelförderungen nicht möglich seien, jedoch könne man Bauabschnitte bilden. Somit könne man die 1,36 Mio. Euro für den ersten Bauabschnitt und die Förderung für „Nationale Projekte des Städtebaus“ für den zweiten Bauabschnitt nutzen. Die Gewächshäuser hätten bereits den Titel „nationales Denkmal“ im Gegensatz zu anderen Projekten wie beispielsweise das Studentenheim.

Herr Krüger

. weist daraufhin, dass in der Ausschreibung stünde, dass bis zum 01.06.2015 die Beschlüsse gefasst sein müssten, sodass in der heutigen Sitzung eine Entscheidung notwendig sei.

. schlägt vor, diese Vorlage am 08.06.2015 als Information einzubringen. Gemäß der Ausschreibung könne man keinen nachträglichen Beschluss mehr fassen.

Herr Liedtke

. fragt, ob bei einer neuen Antragstellung die Fördermittel des Bundes von 1,36 Mio. Euro sinken könnten.

Herr Dr. Heinz

. antwortet, dass die Universität den Antrag sofort zurückziehen würde, wenn diese Gefahr bestünde.

Herr Dr. Kerath

. fragt, ob es sich bei dem beantragten Projekt um ein Denkmal im Sinne der Denkmalliste handeln muss.

Herr Dr. Heinz

. zitiert aus Seite 2 des Projektaufufes: „Förderfähig sind investive, investitionsvorbereitende und konzeptionelle Projekte mit ausgeprägtem städtebaulichem Bezug insbesondere von Denkmalensembles von nationalem Rang (UNESCO Weltkulturerbe, etc.), bauliche Kulturgüter mit außergewöhnlichem Wert, sowie Vorhaben zur energetischen und altersgerechten Erneuerungen im Quartier sowie zu Grünflächen in der Stadt.“

Herr Hochheim

- . fasst zusammen, dass
 - die Ziffern durch Spiegelstriche ersetzt werden sollen.
 - der Punkt Förderung und Sanierung des Studentenwohnheimes ergänzt werde.

Herr Dr. Kerath

. weist darauf hin, dass die Reihenfolge in seinem Änderungsantrag anders sei, als die der Verwaltungsvorlage und bittet, diese zu übernehmen.

Herr Hochheim übernimmt die eben angegebenen Änderungen und lässt darüber abstimmen, ob die geänderte Beschlussvorlage auf die Tagesordnung der Bürgerschaft am 08.06.2015 gesetzt werden soll:

Ergebnis	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	12	0	1

TOP 4.7. Antragsstellung Botanischer Garten im Rahmen des Projekts „Nationale Projekte des Städtebaus“

06/332

Diese Beschlussvorlage wurde zurückgezogen. (siehe TOP 2)

TOP 4.8. 20. Änderung des Flächennutzungsplans der Universitäts- und Hansestadt Greifswald,

06/326

Feststellungsbeschluss (Bereich des Bebauungsplans Nr. 98 - KAW-Gelände -)

Der 1. Stellvertreter des Oberbürgermeisters ruft den TOP auf.

Herr Kaiser

. weist darauf hin, dass der Hinweis des Ausschusses für Bauwesen, Umwelt, Infrastruktur und öffentliche Ordnung bezüglich der Baumfällungen aufgenommen wurde und die Beschlussvorlage in der Hinsicht bis zur Bürgerschaft geändert werde.

Herr Hochheim lässt darüber abstimmen, ob die Beschlussvorlage auf die Tagesordnung der Bürgerschaft am 08.06.2015 gesetzt werden soll:

Ergebnis	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	einstimmig	0	0

TOP 4.9. Bebauungsplan Nr. 98 - KAW- Gelände -; Satzungsbeschluss

06/327

Der 1. Stellvertreter des Oberbürgermeisters ruft den TOP auf.

Diskussion:

Frau Socher

. fragt, ob es bezüglich der Diskotheken und der Zuwegung zum Objekt bereits eine Aussage gebe.

Herr Kaiser

. erklärt, dass es eine Ergänzung zur Stellungnahme der Verwaltung bezüglich der Zuwege zum Gelände selbst gebe. Eine zurzeit sehr schmale Fahrspur, solle verbreitert werden, damit auch zwei Lastwagen nebeneinander passen. Die Aussage zu den Diskotheken erfolge durch die Planer.

Herr Prof. Hardtke

. ist der Meinung, dass es sich hierbei um ein Sondergebiet handelt und in Sondergebieten seien Diskotheken grundsätzlich nicht zulässig.

Herr Kaiser

. geht darauf ein und antwortet, dass dies überprüft worden sei und es sich hierbei nicht um eine Diskothek, sondern um zwei Kultureinrichtungen mit einer Begrenzung von 500 m² handle, in denen auch andere kulturelle Veranstaltungen stattfinden.

Herr Prof. Hardtke

. betont die Wichtigkeit einer Rechtssicherheit.

Herr Krüger

. sagt, dass der Bauplaner, sowie der Investor, bei der Sitzung der Bürgerschaft am 08.06.2015 anwesend sein und zu diesem Punkt noch weitere Ausführungen machen wollen.

Herr Dr. Kasbohm

. meint, dass ihm die Verwaltung zugesichert habe, dass dieser B-Plan zulässig sei.
. merkt an, dass ihm gesagt worden sei, dass man durch die Begrenzung der Größe des Geländes bereits den Lärm eingeschränkt habe.
. sei davon ausgegangen, dass man bereits im B-Plan Grenzen für Lärmbelastigungen festgelegt habe.

Herr Hochheim

. weist darauf hin, dass Bauplaner die Fragen in der Bürgerschaft erläutern werden.

Herr Hochheim lässt darüber abstimmen, ob die Beschlussvorlage auf die Tagesordnung der Bürgerschaft am 08.06.2015 gesetzt werden soll:

Ergebnis

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
einstimmig	0	0

TOP 4.10. 21. Änderung des Flächennutzungsplans der Universitäts- und Hansestadt Greifswald,
06/309 **Entwurfs- und Auslegungsbeschluss**
(Bereich der 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 52 – Ladebower Chaussee –)

Der 1. Stellvertreter des Oberbürgermeisters ruft den TOP auf.
Herr Kaiser bringt die Beschlussvorlage ein.
Es gibt keinen Diskussionsbedarf.
Herr Hochheim lässt darüber abstimmen, ob die Beschlussvorlage auf die Tagesordnung der Bürgerschaft am 08.06.2015 gesetzt werden soll:

Ergebnis	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	einstimmig	0	0

TOP 4.11. 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 52 – Ladebower Chaussee –, Entwurfs- und Auslegungsbeschluss

06/311

Der 1. Stellvertreter des Oberbürgermeisters ruft den TOP auf.
Es gibt keinen Diskussionsbedarf.
Herr Hochheim lässt darüber abstimmen, ob die Beschlussvorlage auf die Tagesordnung der Bürgerschaft am 08.06.2015 gesetzt werden soll:

Ergebnis	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	einstimmig	0	0

TOP 4.12. Vereinbarung eines öffentlichen Dienstleistungsauftrages mit der Verkehrsbetrieb Greifswald GmbH

06/312

Der 1. Stellvertreter des Oberbürgermeisters ruft den TOP auf.

Frau Teetz bringt die Beschlussvorlage ein.

Herr Liedtke

. merkt positiv an, dass es nicht selbstverständlich sei, dass eine Hansestadt einen ÖPNV habe.

Herr Hochheim lässt darüber abstimmen, ob die Beschlussvorlage auf die Tagesordnung der Bürgerschaft am 08.06.2015 gesetzt werden soll:

Ergebnis	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	einstimmig	0	0

TOP 4.13. Gewährung einer Zuwendung zur Rückerstattung der Kaltmiete an den Kreissportbund Vorpommern-Greifswald e.V.

06/307

Der 1. Stellvertreter des Oberbürgermeisters ruft den TOP auf.

Frau Socher

. erklärt, dass Frau Dr. Schwenke sie gebeten habe, einen Änderungsantrag aus dem Ausschuss für Sport, Soziales und Jugend anzuführen. (Der Änderungsan-

trag wird dem Protokoll als Anlage beigefügt.)

Diskussion:

Herr Krüger

. weist darauf hin, dass die vorgelegte Beschlussvorlage nicht mit dem konform sei, was in der Bürgerschaft am 16.02.2015 beschlossen worden sei. Dort sei es Ziel gewesen, die mögliche breite Präsenz im Landkreis zu erhalten. In dieser Vorlage sei jedoch nur noch eine Geschäftsstelle in Greifswald vorgesehen.

Frau Felkl

. erläutert, dass die ursprüngliche Beschlussvorlage zwei Vorschläge enthalten habe:

1. Die zentrale Geschäftsstelle solle sich in Greifswald befinden und in Pasewalk eine Nebenstelle.
2. Es solle nur noch eine Geschäftsstelle in Anklam geben.

Die Greifswalder Bürgerschaft habe dann entschieden, dass es zumindest in Greifswald eine zentrale Geschäftsstelle geben solle.

. ergänzt, dass es in Ordnung wäre, wenn die Hauptgeschäftsstelle in Greifswald wäre und eine Nebenstelle in Pasewalk. Man würde jedoch nur die Geschäftsstelle in Greifswald fördern.

Herr Wille

. spricht sich ebenfalls für den ersten Vorschlag der ursprünglichen Beschlussvorlage aus.

Herr Hochheim

. erklärt, dass dieser Änderungsantrag geprüft werde und gegebenenfalls bis zur Sitzung der Bürgerschaft am 08.06.2015 eingearbeitet werde.

. lässt unter der Maßgabe der eventuellen Prüfung darüber abstimmen, ob die Beschlussvorlage auf die Tagesordnung der Bürgerschaft am 08.06.2015 gesetzt werden soll:

Ergebnis

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
9	0	4

TOP 4.14. Einleitung der Enteignung des Grundstücks Baderstraße 2

06/303 Der 1. Stellvertreter des Oberbürgermeisters ruft den TOP auf.

Frau Socher

. geht auf eine Stellungnahme von Frau Schlegel ein, in der sie darauf aufmerksam gemacht habe, dass eine Enteignung nicht so einfach sei.

. fragt, wie man versuchen könne, damit umzugehen.

Herr Hochheim

. antwortet, dass man diesen Fall bereits betrachtet und festgestellt habe, dass dieser Zustand unbefriedigend sei. Derzeit prüfe man ein Instandsetzungs- und Sanierungsgebot für die Baderstr. 2. Die Bürgerschaft müsse letztendlich entscheiden, ob man diese Enteignung durchführen solle.

Frau Socher

. fragt nach Präzedenzfällen.

Herr Hochheim

. erklärt, dass Frau Dr. Lehmann diese Fälle bereits geprüft hätte, wenn es welche gebe.

. sieht als Hauptproblem, dass eine Voraussetzung für eine Enteignung sei, dass das Haus nicht mehr anders zu retten sei. Das Landesamt für Kultur und Denkmalpflege Mecklenburg-Vorpommern sehe diese Voraussetzung derzeit nicht. Daher empfiehlt die Stadtverwaltung Greifswald ein Instandsetzungs- und Sanierungsgebot.

Herr Krüger

. merkt an, dass man im Ausschuss für Bauwesen, Umwelt, Infrastruktur und öffentliche Ordnung ebenfalls darüber diskutiert habe und man sich letztendlich dafür entschieden habe, eine Enteignung dennoch zu versuchen.

Herr Dr. Kerath

. plädiert dafür, nicht länger zu warten, da das Gebäude nur noch weiter verfallen würde.

Herr Hochheim

. sagt, dass man durch das Instandsetzungs- und Sanierungsgebot zumindest die Fassade ansprechender gestalten könne.

Die Beschlussvorlage wird mehrheitlich auf die Tagesordnung der Bürgerschaft am 08.06.2015 gesetzt.

TOP 4.15. Pariser

06/317 Der 1. Stellvertreter des Oberbürgermeisters ruft den TOP auf.

Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Die Beschlussvorlage wird mehrheitlich auf die Tagesordnung der Bürgerschaft am 08.06.2015 gesetzt.

TOP 4.16. Aufstellung eines integrierten Seniorenförderplanes

06/324 Der 1. Stellvertreter des Oberbürgermeisters ruft den TOP auf.

Herr Liedtke

. weist darauf hin, dass in der Ortsteilvertretung bereits darüber gesprochen worden sei, die Mietpreisbremse aus der Vorlage zu streichen.

Herr Hochheim

. erklärt, dass er darauf hingewiesen worden sei, dass der Prozess bereits begonnen habe und das Konzept zum Jahresende vorliegen solle.

Herr Dr. Kasbohm

. geht auf Herrn Liedtkes Aussage ein und sagt, dass die Mietpreisbremse nur in der Sachdarstellung zu finden sei.

Die Beschlussvorlage wird auf die Tagesordnung der Bürgerschaft am 08.06.2015 gesetzt.

TOP 4.17. Einsetzung eines Frauenbeirates

06/330 Der 1. Stellvertreter des Oberbürgermeisters ruft den TOP auf.

Herr Dr. Kasbohm

. bringt die Beschlussvorlage für Herrn Dr. Rose ein.

Herr Krüger

. fragt nach der schriftlichen Stellungnahme zu dieser Vorlage, in der sich der Stadtfrauenbeirat positiv positioniert.

Da Mitglieder des Stadtfrauenbeirates anwesend sind, wird über das Rederecht für die Frauen abgestimmt:

Ergebnis	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	mehrheitlich	0	2

Eine Frau des Stadtfrauenbeirates erläutert den Mitgliedern des Hauptausschusses ihre aktuelle Situation und begründet diese Beschlussvorlage.

Die Beschlussvorlage wird auf die Tagesordnung der Bürgerschaft am 08.06.2015 gesetzt.

TOP 4.18. Vermögenszuordnung der Immobilien zum Eigenbetrieb Hanse-Kinder

06/334 Der 1. Stellvertreter des Oberbürgermeisters ruft den TOP auf.
Es gibt keinen Diskussionsbedarf.
Herr Hochheim lässt darüber abstimmen, ob die Beschlussvorlage auf die Tagesordnung der Bürgerschaft am 08.06.2015 gesetzt werden soll:

Ergebnis	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	einstimmig	0	0

TOP 5. Mitteilungen des Oberbürgermeisters

Herr Hochheim

. setzt die Mitglieder des Hauptausschusses darüber in Kenntnis, dass der Landkreis ein Integriertes Ländliches Entwicklungskonzept (ILEK) für den Landkreis Vorpommern-Greifswald auf den Weg gebracht habe. Die Universitäts- und Hansestadt Greifswald sei mit einem Schreiben vom 16.03.2015 zur Spendengabe aufgefordert worden. Bis zum 27.03.2015 soll eine Stellungnahme eingereicht werden, was bereits erfolgt sei. Das Schreiben werde dem Protokoll als Anlage beigefügt.

. sei von Herrn Dr. König gebeten worden, ein Schreiben bezüglich des See- und Tauchsportzentrums zu verlesen, in welchem der Oberbürgermeister erklärt, dass er ab dem 01.03.2015 die Funktion als Betriebsleiter des See- und Tauchsportzentrums übergangsweise wahrnehme. Die Koordinierung der Aufgaben der Betriebsleitung, sowie die Funktion des Ansprechpartners für das See- und Tauchsportzentrums sei Herrn Borchert übertragen worden. Zur Sitzung der Bürgerschaft am 08.06.2015 werde beabsichtigt, eine Beschlussvorlage zu erstellen, in der vorgeschlagen werde, Herrn Borchert als Betriebsleiter des See- und Tauchsportzentrums einzusetzen.

Herr Wille

. informiert, dass die Haushaltsgenehmigung unmittelbar nach der Sondersitzung der Bürgerschaft am 27.04.2015 eingegangen sei. Die Haushaltssatzung wurde am 06.05.2015 öffentlich bekannt gegeben, sodass sie am 07.05.2015 in Kraft trete. Inhalt dieses Schreibens waren u. a. :

- Die Entscheidung des Innenministeriums enthalte keinerlei Auflagen.

- Der Stellenplan sei genehmigt worden.
- Die Kreditgenehmigungen seien teilweise genehmigt worden.
Die Kürzung der Kreditgenehmigung beziehe sich auf eine unterschiedliche Rechtsauffassung zwischen dem Innenministerium und Herrn Wille.
- Die Verpflichtungsermächtigungen für das Haushaltsjahr 2015 seien vollumfänglich genehmigt worden.
- Für das Haushaltsjahr 2016 seien diese nicht genehmigt worden. Die Versagung dieser Genehmigung basiere nicht auf der Annahme, dass die Stadtverwaltung Greifswald nicht leistungsfähig sei, sondern einfach auf einer unterschiedlichen Rechtsauffassung.
- Die Städtebaulichen Sondervermögen, welche ebenfalls genehmigungspflichtige Verpflichtungsermächtigungen beinhalteten, sind alle erteilt worden.

Somit ist die Stadtverwaltung Greifswald seit der letzten Woche in vollem Umfang handlungsfähig und die vorläufige Haushaltsführung ist abgeschlossen. Die Kreditgenehmigungen für den Eigenbetrieb Abwasserwerk ständen noch aus, sowie die Stellungnahmen zum Eigenbetrieb Hanse-Kinder und zur Gründung der Stadtmarketing GmbH.

TOP 6. Vorschläge, Anregungen und Fragen der Mitglieder des Hauptausschusses

Herr Multhauf

. fragt, warum die Rechtsauffassung unterschiedlich sein könne.

Herr Wille

. erklärt, dass er bei den Kreditermächtigungen die höchstmögliche Summe angesetzt habe. So müsse man keine Nachtragssatzung erstellen, um die Kreditgenehmigung auszuweiten.

Zum Haushaltsrecht gebe es wenig Rechtsprechung.

Herr Hochheim

. ergänzt, dass der Innenminister einen Doppelhaushalt befürwortet habe.

Herr Multhauf

. fragt, ob die Haushaltsgenehmigung zur Verfügung gestellt werden könne, was ihm bejaht wird.

Herr Liedtke

. fragt, ob man Auswirkungen für das Abwasserwerk zu erwarten habe, da die Kreditgenehmigungen noch nicht vorlägen.

Herr Wille

. erklärt, dass es hier nur um die Investitionen gehe.

Herr Krüger

. fragt, um welchen Betrag es sich bei den nicht genehmigten Kreditgenehmigungen handle.

Herr Wille antwortet:

2015

beschlossen von der Bürgerschaft: 10,26 Mio. Euro
genehmigt wurden: 9.016.000 Euro

2016

beschlossen von der Bürgerschaft: 15.004.600 Euro

genehmigt wurden: 14.270.000 Euro

Herr Multhauf

- . spricht die Bedeutung der Ortsteilvertretungen an.
- . bittet darum, dass er informiert werde, wenn Anträge für die Ortsteilvertretungen vorlägen.
- . kritisiert den Umgang mit dem Ereignis „200 Jahre schwedisch-preußisch“ und spricht sich für eine bessere Nutzung dieses Ereignisses aus. Er habe einige Vorschläge für diesen Tag von Frau Dr. Stepanek und stellt diese gern zur Verfügung.
- . fragt nach erneut der Partnerstadt mit Wybork.
- . teilt mit, dass er bereits von mehreren Personen gehört habe, dass „Klarschiff“ zu kompliziert aufgebaut sei.
- . wünscht sich eine Zwischenbilanz zum „Klarschiff“ (Wie werde es umgesetzt?, Welchen Nutzen bringe es mit sich?) und eine Prüfung auf Vereinfachung.
- . fragt nach den Holzmodellen aus der Ausstellung des Stadtmuseums.

Herr Hochheim geht auf die Fragen von Herrn Multhauf ein:

- Die Anregung mit den Ortsteilvertretungen werde an die Amtsleiter weitergetragen.
- Die Unterlagen zu „200 Jahre schwedisch-preußisch“ können an Frau Hauswald weitergeleitet werden.
- Zur Partnerstadt Wyborg kann er derzeit nichts sagen.
- Zum Thema „Klarschiff“ laufen derzeit noch Abstimmungen mit dem Landkreis. Ein Hauptproblem sei, dass nicht alle Probleme im Zuständigkeitsbereich der Stadt lägen. Dazu könne aber bei der Sitzung der Bürgerschaft mehr berichtet werden.
- Zu den Holzmodellen kann er keine Aussage machen.

Herr Krüger

- . merkt an, dass er das Thema „Klarschiff“ auch gern im Ausschuss für Bauwesen, Umwelt, Infrastruktur und öffentliche Ordnung behandelt hätte.
- . wünscht sich, dass die Informationsvorlage dazu, dem Ausschuss für Bauwesen, Umwelt, Infrastruktur und öffentliche Ordnung im Vorab ausgereicht werde.
- . appelliert dafür, zum Ereignis „200 Jahre schwedisch-preußisch“ etwas zu organisieren.

Herr Winckler macht Erläuterungen zum „Klarschiff“

- Zurzeit sei man in der Evaluation.
- Es werden derzeit die zuständigen Dritten an das System angeschlossen (z. B. der Landkreis).
- Er bietet an, für eine bessere und effektivere Zusammenarbeit in das Ordnungsamt zu kommen.

TOP 7. Mitteilungen der Präsidentin

Frau Socher informiert zu folgenden Themen:

- Sitzungsmappen ohne Anlagen
- „25 Jahre Tag der Deutschen Einheit“
 - o Zentrale Veranstaltung in Frankfurt am Main
 - o Es werden junge Menschen gesucht, die im Jahr 1989/90 geboren wurden und sich ehrenamtlich engagieren.
 - o Frau Socher bittet die Fraktionen um Mitarbeit.
- Die Bürgerschaft tritt nicht beim Drachenbootrennen an, da es zu wenig Interessenten gab.
- Problem Ladungsfristen;
 - o Einladungen könnten zukünftig elektronisch versandt werden.

- Frau Socher bittet um ein Feedback.
- Dann wird zur nächsten Sitzung der Bürgerschaft eine Beschlussvorlage bezüglich der Änderung der Geschäftsordnung vorbereitet, in der steht, dass die Einladungen elektronisch verschickt werden.

TOP 8. Schluss der Sitzung

Herr Hochheim beendet die öffentliche Sitzung des Hauptausschusses um 19:55 Uhr.

für das Protokoll

Jörg Hochheim
1. Stellvertreter des Oberbürgermeister

Sarah Wiesenberg
Sachbearbeiterin
Sitzungsdienst Hauptausschuss

Anlagen:

- Änderungsantrag zur Beschlussvorlage (06/307) „Gewährung einer Zuwendung zur Rückerstattung der Kaltmiete an den Kreissportbund Vorpommern-Greifswald e.V.“
- Schreiben des Landkreises Vorpommern-Greifswald zum Integrierten Ländlichen Entwicklungskonzept (ILEK)